



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

CHRISTIAN LINDNER

Bundvorsitzender der FDP und Vorsitzender der
FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

ZURÜCK ZUR MARKTWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

CHRISTIAN LINDNER



Geboren 1979 in Wuppertal.

Er studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn und schloss 2006 mit einem Magister Artium ab. Von 1997 bis 2004 war er Inhaber einer Werbeagentur sowie Mitbegründer eines Internet-Unternehmens. Seit 1995 gehört er der FDP an. Von 2000 bis 2009 war er Abgeordneter des Nordrhein-westfälischen Landtags, seit 2005 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 2004 bis 2010 war er zugleich Generalsekretär des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. 2009 wechselte er in den Deutschen Bundestag, wo er zum Generalsekretär der FDP berufen wurde. Dieses Amt gab er 2011 zurück – ebenso wie sein Bundestagsmandat, welches er 2012 aufgab. Seit 2012 ist er Mitglied des Landtages, Vorsitzender der Landtagsfraktion und des Landesverbands der FDP in Nordrhein-Westfalen.

Im Dezember 2013 ist er zum Bundesvorsitzenden der FDP ernannt worden.

VORTRAG AM 12. FEBRUAR 2014



Sie hatten phasenweise bei der Eröffnung ein Tremolo in Ihrer Stimme, als würden Sie über das Artenschutzabkommen der Vereinten Nationen sprechen... Ich darf Ihnen versichern: Meine Partei ist ganz lebendig. Wir sind zwar aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden – aber nicht aus der Politik!

Allerdings, ohne Frage: Die Bundestagswahl des vergangenen Jahres markiert eine historische Zäsur für die Liberalen in Deutschland. Die FDP hat in ihrem Auftreten offensichtlich nicht mehr überzeugt. Unsere Reformergebnisse des Jahres 2013 waren gemessen an den Reformvorhaben des Jahres 2009 für viele Bürgerinnen und Bürger enttäuschend. Deshalb hat mancher, auch hier im Saal, meiner Partei das Vertrauen entzogen. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass die Werte Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Toleranz unverändert richtig sind. Abgewählt worden am 22. September sind nicht liberale Tugenden und Werte, sondern eine FDP, die den eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden ist. Darin liegt zugleich die Diagnose wie auch ein Therapievorschlag.

Was sind die Konsequenzen aus diesem Verlust an Vertrauen in die FDP? Für mich sind es vor allen Dingen zwei Stilfragen, die ich anders beantworten möchte. Die erste Stilfrage betrifft unser Verhältnis zu anderen Parteien. Die FDP hat einmal für Helmut Kohl Wahlkampf gemacht statt für sich selbst – und das war falsch. Im letzten Jahr haben wir für Angela Merkel Wahlkampf gemacht statt für uns selbst – und auch das war falsch. Die Nähe oder Ferne zu irgendeiner anderen Partei darf die FDP nie wieder bestimmen. Wir sind jetzt so unabhängig und eigenständig wie niemals zuvor in unserer Geschichte. Ab jetzt zählt wieder das, was unser eigener Kompass uns sagt.

Die zweite Konsequenz betrifft die Frage der Unabhängigkeit. Sie wissen, der FDP ist der Vorwurf gemacht worden, sie sei nur für diese oder jene gesellschaftliche Gruppe, gar Einkommensschicht oder Berufsgruppe politisch aktiv. Für mich ist das der schärfste und verletzendste Vorwurf, den man einer liberalen Partei machen kann. Denn unser Anspruch ist es gerade, durch gutes Recht das Miteinander in Gesellschaft und Wirtschaft zu ordnen – unabhängig davon, wo einer steht oder wo einer herkommt. Wenn also ein Gewerkschaftsführer wie Michael Vassiliadis von der IG Bergbau, Chemie, Energie in diesen Tagen betont, er sehe eine wachsende Technologie-Skepsis in Deutschland, dann gilt: Gewerkschafter hin oder her, wenn dieser Mann recht hat, kann ich ihm doch aus vollem Herzen zustimmen. Und wenn auf der anderen Seite ein Wirtschaftsverband für seine Mitglieder Privilegien zulasten der Kundinnen und Kunden fordert, dann muss eine Partei der Marktwirtschaft entschieden widersprechen, Wirtschaftsverband hin oder her. Diese neue Eigenständigkeit und Unabhängigkeit im Urteil – aus ihr kann auch neue Souveränität und neue Glaubwürdigkeit für die FDP erwachsen.

Was sich aber nicht ändern wird, das ist unsere Grundorientierung in der Sache. Ich bin vor einiger Zeit eingeladen gewesen, beim Deutschen Arbeitgebertag zu sprechen. Beim Reingehen sprach mich ein freundlicher Herr an und fragte: „Herr Lindner, wird die FDP mit Ihnen als Vorsitzender marktwirtschaftlich bleiben oder sozialer werden?“ Marktwirtschaftlich bleiben oder sozialer werden? Bei dieser Frage geht es gar nicht um die Positionierung der FDP allein. Sondern bei der Frage geht es eigentlich um das grundlegende Verständnis unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Für die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft, der Bundespräsident hat dieser Tage in einer bemerkenswerten Rede daran erinnert, gab es keinen Gegensatz zwischen sozial und marktwirtschaftlich. Die Marktwirtschaft ist nämlich per se sozial, indem sie das Wissen der Gesellschaft mobilisiert und dadurch Arbeitsplätze und Fortschritt schafft. Die Marktwirtschaft ist per se sozial, weil sie durch das Wettbewerbsprinzip Macht bricht und Einsteigern immer neue Chancen eröffnet. Und die Marktwirtschaft ist per se sozial dadurch, dass sie überhaupt erst die Mittel bereitstellt, die danach von Politikern für soziale Zwecke eingesetzt werden sollen. Gerade in den Zeiten einer Großen Koalition wird man daran erinnern müssen: Zuerst muss der Wohlstand erwirtschaftet werden, bevor die Politik ihn verteilen kann. An diesen Grundüberzeugungen werden wir festhalten.

Die FDP wird weiter Anwältin der sozialen Marktwirtschaft sein. Denn diese hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten bewährt. Seit den 1950er-Jahren ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland um den Faktor sieben gestiegen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers betrug in den Fünfziger Jahren 48 Stunden. Heute sind es 38. Auch in den vergangenen zehn Jahren hat sich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland bewährt. Wir galten ja mal als kranker Mann Europas. Dann gab es eine marktwirtschaftliche Erneuerungspolitik. Das Wichtigste war eine kluge, abgewogene Tarifentscheidung von Arbeitgebern und Gewerkschaften, über viele Runden hinweg. Hinzu kamen die Flexibilisierungen im Zusammenhang mit der Agenda 2010. Nicht zuletzt: Wir als FDP mögen fehlbar sein, aber auch die stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung seit 2009 hat ebenfalls einen wichtigen Beitrag geleistet. 42 Millionen Beschäftigte werden wir in diesem Jahr haben. Die Wachstumsaussichten unseres Landes sind robust. Ich freue mich insbesondere darüber, dass die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande die niedrigste im europäischen Vergleich ist. Wir haben Kurs genommen auf ausgeglichene Haushalte, und wir können prall gefüllte Sozialkassen vorweisen.

Diese Stärke ist indessen auch Versuchung. In der Stärke liegt die Gefahr, sich ihrer zu sicher zu sein, die Stärke als selbstverständlich zu nehmen. Sich in den Status quo zu verlieben. Ich bin in Sorge, dass unsere Stärke leichtfertig verspielt wird, wo doch eigentlich alles getan werden müsste, die Stärke zu nutzen, um in unsere Zukunft zu investieren. Das zeigt übrigens auch ein Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich. In Frankreich ist ja vor einiger Zeit ein sozialistischer Präsident in den Präsidentenpalast eingezogen. Die damalige Troika der Sozialdemokraten ist dahin gepilgert, um ihm zu huldigen. Denn er hat genau das umgesetzt, was die sich auch für Deutschland vorgestellt haben. Hollande hat die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet, er hat das Miteinander von Wirtschaft und Gesellschaft stärker bürokratisiert, und er hat eine Politik vertreten, die den Unternehmen wieder nach alter französischer Sitte die Kommandos erteilen wollte. Inzwischen sind in der Praxis die Ergebnisse dieser Politik zu besichtigen: steigende und hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, wachsendes Staatsdefizit und eine öffentliche Katerstimmung, die fast schon in eine Endzeitstimmung kippt. Und nun stellt sich der französische Staatspräsident hin, hält eine Rede, wenige Wochen ist es her, und sagt, er habe eingesehen, es brauche eine Veränderung. Er wolle jetzt eine angebotsorientierte, eine liberale Wirtschaftspolitik formulieren: entbürokratisieren, entlasten, Investitionsanreize bei Privaten auslösen und so weiter und so fort.

Die Pointe ist, dass am heutigen Tag der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vor dem Deutschen Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt hat. Sigmar Gabriel spricht in diesem Jahreswirtschaftsbericht davon, dass Deutschland einen Außenhandelsüberschuss habe und dass dieser Außenhandelsüberschuss zugunsten eines neuen Gleichgewichts in Europa überwunden werden müsse. Das sagt der Wirtschaftsminister einer Exportnation, die ihren Wohlstand, ihre Stärke dem Welthandel verdankt. Das ist geschäftsschädigend für den Standort Deutschland, was Herr Gabriel heute vor dem Deutschen Bundestag gesagt hat. Und dann lobt er das ganze Repertoire der sozialdemokratischen Bremsen im Koalitionsvertrag von Mindestlohn bis hin zu angeblich wirksamen öffentlichen Investitionen, der Einschränkung der Vertragsfreiheit, der Rücknahme also der Flexibilität der Agenda 2010.

Später am Tag meldet sich dann der Chef der IG Metall zu Wort, Herr Wetzel. Er kommentiert den Jahreswirtschaftsbericht mit den Worten, endlich gebe es in Deutschland eine historische Zäsur. Denn die liberale Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte sei mit diesem Jahreswirtschaftsbericht beendet. Sie sehen: In der gleichen historischen Stunde, in der Frankreich liberaler wird, wird Deutschland französischer. So haben wir uns die deutsch-französische Annäherung aber nicht vorgestellt. Denn davon geht auch ein falsches Signal nach Europa aus.

Dieser skizzierte Wechsel, weg von der Marktwirtschaft, der gilt aber nicht nur bezogen auf die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung. Er reicht weit darüber hinaus. Ich will ein paar weitere Aspekte ansprechen.

Der erste Punkt betrifft die Solidität unserer öffentlichen Finanzen. Die frühere schwarz-gelbe Bundesregierung hatte bekanntlich die Verschuldung der Vorgängerregierung reduziert, hat das gute wirtschaftliche Wachstum genutzt, um die Haushalte unter Kontrolle zu bekommen. Gerade angesichts des demografischen Wandels ist das eine Kernaufgabe. Jetzt hat die Große Koalition diesen Pfad verlassen. Für 23 Milliarden Euro Mehrausgaben hat sich die Frau Bundeskanzlerin einen neuen Koalitionspartner gekauft. Wolfgang Schäuble hat bereits für das Jahr 2014 eingeräumt, dass er gegenüber der alten, von der FDP mitgetragenen Finanzplanung 2 Milliarden Euro zusätzliche Kredite aufnehmen muss. Im Jahr 2015 wollte der deutsche Staat damit beginnen, Altschulden zu tilgen. Abgesagt. Wir haben niedrige Zinsen. Wir haben Rekord-Steuererinnahmen, einen robusten Arbeitsmarkt, die breiten Schultern der Babyboomer-Generation, die noch voll aktiv und noch nicht in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten ist. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht jetzt soll der Staat überhaupt noch mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auskommen? Deshalb müsste jetzt damit begonnen werden, den Staat aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte zu befreien, indem der Staat nur noch die Aufgaben schultert, die er mit dem vorhandenen Geld auch finanzieren kann.

Ich nenne einen zweiten Bereich. Im Jahr 2014 wird es so viele 50. Geburtstage geben wie niemals zuvor und auch niemals mehr danach. Der Jahrgang 1964 ist der stärkste Jahrgang der Nachkriegsgeschichte. Die gehen jetzt in das sechste Lebensjahrzehnt. Deutschland profitiert von den Babyboomern und ihrer enormen Leistungs- und finanziellen Feuerkraft. Ich selbst gehöre dieser Generation, das ist Ihnen vielleicht aufgefallen, nicht an. Deshalb sehe ich vielleicht auch mit einer anderen Sensibilität, dass die Babyboomer, die heute so stark in Wirtschaft und Gesellschaft sind, dass die in den Ruhestand eingetreten sein werden, wenn ich selbst meinen 50. Geburtstag feiere. Es beginnt im nächsten Jahrzehnt, dass diese starke Generation von der Seite der Aktiven in das Ruhestandsalter eintritt. Das ist genau der Zeitraum, den Deutschland hat, um den demografischen Wandel zu gestalten. Wir sollten diesen Zeitraum nutzen, unsere sozialen Sicherungssysteme und unsere Wirtschaft auf die Alterung der Gesellschaft vorzubereiten. Was aber passiert? Im Bundestagswahlkampf wirbt die eine sozialdemokratische Partei für die Rente mit 63 und die andere sozialdemokratische Partei für die Mütterrente. Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört, denn: es kommt beides. Frau Nahles sagt, das koste nicht nur bis 2017 die gesamte Reserve der Rentenversicherung. Danach muss es dann über neue Schulden oder über höhere Steuern finanziert werden. Sie sagt auch regierungsamtlich, dass die Rentenbeschlüsse der Großen Koalition bis zum Jahr 2030 160 Milliarden Euro kosten werden, 160 Milliarden Euro. Das ist wesentlich mehr, als die maximale deutsche Haftungssumme aus den Euro-Rettungsschirmen beträgt. Man kann also mit Fug und Recht sagen: Andrea Nahles ist für deutsche Finanzen gefährlicher als griechische Staatsanleihen. Das ist eine Abkehr vom Stabilitätskurs. Und auch damit wird unsere Glaubwürdigkeit in Europa aufs Spiel gesetzt.

Ich bin damit direkt beim dritten Punkt, bei der Frage: Wie geht es weiter in Europa? Die Staatsschuldenkrise hat das Fundament der europäischen Einigung und insbesondere auch der Währungsunion unterspült. Ich sage Ihnen, das waren krisenhafte Zustände im April 2010, als wir das erste Griechenland-Rettungspaket zu schnüren hatten. Hier im Saal wird manche oder mancher sein, die oder der ordnungspolitische Bedenken bei der oder einer anderen Maßnahme hatte. Ich teile diese ordnungspolitischen Bedenken. Aber es war eine Ausnahmesituation, wo es in einer Abwägung darum ging, den Weg zu wählen, der die Risiken für unsere Volkswirtschaft so gering wie möglich hält. Und jetzt, nach vier Jahren, sehen wir, dass dieser Weg, der damals beschritten worden ist, beginnt, sich als erfolgreich herauszustellen. Irland hat die Rettungsschirme bereits wieder verlassen. Am heutigen Tag haben Sie in Ihren Zeitungen lesen können, dass Portugal und Griechenland Anleihen haben begeben können, sie also dabei sind, sich ebenfalls in Richtung Rückkehr an den Kapitalmarkt zu entwickeln. Ich will keine Entwarnung geben, aber es gibt erste Entspannungssignale. Zumindest kann man sagen, haben die ganzen Cassandra-Rufer

nicht recht behalten. Deshalb verändert übrigens die sogenannte Alternative für Deutschland ja jetzt auch ihre Strategie: weg von der Euro-Politik, hin zu – freundlich formuliert – konservativen Positionen in der Gesellschaftspolitik. Den Ton in der AfD geben die Hetzer gegen Schwule, Ausländer und Europa an. Davon abgesehen sind sich Herr Lucke und Herr Henkel in wesentlichen Fragen der Europapolitik auch gar nicht einig. Der eine will Parallel-Währungen. Freundliche Grüße. Das wird erhebliche Kapitalflucht auslösen. Der andere will den Nord-Euro. Das ist natürlich ein besonderes Geschichtsbewusstsein, Deutschland und Frankreich wieder teilen zu wollen auf diesem Kontinent.

Die Politik, die wir mitformuliert haben, hat sich hingegen als richtig herausgestellt. Umso besorgter bin ich, dass die Bundesregierung von diesem Kurs jetzt abweichen könnte. Bundesfinanzminister Schäuble hat ein drittes Griechenland-Rettungspaket bereits öffentlich annonciert, hat Vorarbeiten in seinem Ministerium dafür treffen lassen – obwohl das zweite Paket noch nicht abgearbeitet ist, obwohl da die Reformzusagen noch nicht alle erfüllt worden sind, und im Übrigen auch, obwohl die griechische Regierung selbst sagt, sie bräuchte gar kein drittes Griechenland-Rettungspaket. Ich halte das deshalb für besorgniserregend, weil damit die strikte Verbindung von Solidarität und Solidität als Voraussetzung für Stabilität relativiert wird. Es muss dabei bleiben, dass Hilfen streng konditioniert sind an Veränderungen. Denn man riskiert Europa, wenn man die Reformbereitschaft unterfordert und unsere Hilfsbereitschaft überfordert. Das eine muss Hand in Hand mit dem anderen gehen.

Eine ähnliche Veränderung des Kurses in Europa durch die Große Koalition steht an bei der Bankenunion. Im Dezember hat die Bundeskanzlerin einer Bankenunion zugestimmt, die nicht nur sinnvollerweise gemeinsame Regeln für die Banken enthält, sondern auch einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Da geht man von der falschen Annahme aus, dass die Risiken aller Volkswirtschaften in Europa mit Blick auf die privaten Finanzsektoren gleich wären. Offensichtlich sind die Risiken in Deutschland und beispielsweise Spanien aber nicht gleich. Dieses Abwicklungsinstrument, in meinen Augen durchbricht es in doppelter Weise das Verantwortungsprinzip. Erstens dadurch, dass die Steuerzahler und Sparer eines Landes unter bestimmten Umständen doch geradestehen müssen für die Banken eines anderen Landes. Das ist das erste Durchbrechen des Verantwortungsprinzips. Zweitens, weil bei dieser Abwicklung von Banken am Ende der Kette schon wieder der Steuerzahler steht. Wir wollen aber nicht, dass die Eigentümer und Gläubiger der Banken entlassen werden aus der Haftung für ihr Geschäftsgebaren, denn das ist die natürliche Risikobremse. Es muss gelten, was das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft ist: geradestehen für die Geschäfte. Zur Marktwirtschaft gehört, dass einer, der scheitert, aus dem Wettbewerb ausscheiden kann. Wenn einer aber so groß geworden ist, dass er nicht mehr scheitern kann, dass er das gesamte System zu destabilisieren in der Lage ist, dass er den Staat erpressen kann, dann ist das eine „Bastard-Ökonomie“ und nicht mehr eine Marktwirtschaft.

Es wird manche von Ihnen vielleicht wundern, dies von einem Liberalen zu hören. Ich gestehe, wir haben uns oft genug darauf konzentriert, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen vor finanzieller Überforderung und Bürokratisierung ihres Alltagslebens. Die Kernkompetenz der Partei für Otto Graf Lambsdorff ist aber die Ordnung von Märkten durch rechtsstaatliche Regeln. Und dazu gehört es eben auch, Grenzen aufzuzeigen und an die grundlegenden Werte unserer Wirtschaftsordnung zu erinnern. Und der grundlegende Wert neben Wettbewerb ist das Haftungsprinzip, weil das uns alle einbezieht und die Fleißigen vor den Rücksichtslosen schützt. Wer kein Eigenkapital hat, der haftet nicht. Wer nicht haftet, der zockt. Der ist eingeladen, die Gewinne einzustreichen und die Verluste dem Steuerzahler zu vermachen. Ich bin nicht anfällig dafür, die Finanzmärkte zu dämonisieren oder schlecht über Banken zu sprechen. Ganz im Gegenteil: Wir brauchen leistungsfähige Finanzinstitutionen und funktionierende Kapitalmärkte. Aber ich betrachte sie in einer dienenden Rolle für unser Wirtschaftssystem insgesamt, als Blutgefäße, als Finanziere, aber nicht als einen Bereich, der wichtiger zu nehmen ist als die reale Wirtschaft, als die reale Wertschöpfung. Ich habe dieser Tage ein Interview gelesen mit einem

Bankvorstand. Der rühmte sich in diesem Interview dafür, dass er das Eigenkapital seiner Bank von 2 auf 3 Prozent erhöht habe. Und jetzt stelle ich mir die Frage, was eigentlich passiert, wenn ein Handwerksmeister mit 3 Prozent Eigenkapital zu seiner Hausbank geht, um über eine neue Kreditlinie zu verhandeln. Sie schmunzeln. Aber das ist die Realität. Staatsanleihen werden in den Bilanzen überhaupt gar nicht gewichtet. Deshalb: Wir brauchen nicht die hundertste und tausendste Einzelbestimmung zur Reglementierung von Banken und Kapitalmärkten. Die haben immer die besseren Anwälte. Die haben immer die besseren Verwaltungsabteilungen. Die sind immer besser als Politiker und Beamte. Wir müssen die eine große Bremse ziehen: das Haftungsprinzip durch höhere Eigenkapitalanforderungen. Die gleichen Regeln im Prinzip, die für den Handwerksmeister gelten, müssen auch an den Kapitalmärkten wieder durchgesetzt werden, um sie zu disziplinieren. Das ist das marktwirtschaftliche Konzept der Liberalen.

Ich komme zu einem vierten Punkt. Bis zum Jahr 2017 wird der Gesamtstaat über 100 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erzielen. Ich habe berichtet, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit insbesondere damit zusammenhängt, dass es maßvolle Tarifabschlüsse gegeben hat. Jetzt steigen die Löhne und Gehälter wieder. Jetzt könnten also Millionen Beschäftigte von der Bescheidenheit und der Reformbereitschaft profitieren, die sie selbst über länger als ein Jahrzehnt gehabt haben. Nun aber wird unser Steuersystem nicht an die allgemeine Preisentwicklung angepasst. Es packt die kalte Progression zu, in einer Größenordnung von 17,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2017. Diejenigen also, die den Aufschwung erarbeitet haben, haben weniger davon als die Finanzminister. Ich finde aber, wer den Aufschwung erarbeitet hat, der hat auch einen fairen Anteil am wachsenden Wohlstand unseres Landes verdient. Aber das unterbleibt. Die Steuerquote in Deutschland steigt. Wir haben ja mal Steuern senken wollen. Die Geschichte ist bekannt. Ich will jetzt auf dieses traumatisierende Kapitel nicht länger zu sprechen kommen. Jetzt steigt die Steuerquote massiv. Es ist aber eben nicht der Millionär, der von der kalten Progression belastet wird, sondern es sind die Millionen Beschäftigten in der Mitte der Gesellschaft, die jetzt von der IG Metall höhere Tarifentgelte ausgehandelt bekommen haben, die betroffen sind.

Ein anderes Beispiel: Wenn in Schleswig-Holstein und Niedersachsen rot-grüne Regierungen zu Beginn dieses Jahres die Grunderwerbssteuer erhöht haben, dann ist das nicht bloß eine finanzpolitische Operation. Da ist auch eine gesellschaftspolitische Frage mit verbunden. Denn die Erhöhung der Grunderwerbssteuer um 1 oder 1,5 Prozentpunkte trifft ebenso wenig wie die kalte Progression den Villenbesitzer oder das große Unternehmen. Die trifft genau die junge Familie, die zum ersten Mal Wohneigentum schaffen will und die ohnehin über Jahrzehnte mit jedem Euro kalkulieren muss. Die werden durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer in die Lage gebracht, mal eben ein bis zwei, vielleicht sogar drei komplette Bruttomonatsgehälter zusätzlich an den Staat überweisen zu müssen. Wo leben wir denn, dass einerseits wortreich die wachsende Schere der Vermögensverteilung in Deutschland beklagt wird und andererseits genau die gleichen Parteien den Menschen Knüppel zwischen die Beine werfen, die sich mit Fleiß und Sparsamkeit etwas aufbauen wollen. Meine Partei hat Anerkennung für all diejenigen, die es im Leben schon zu etwas gebracht haben. Aber unser Herz und unsere Leidenschaft gehören genau denen, die sich überhaupt noch erst etwas aufbauen wollen in unserer Gesellschaft. Das ist im Übrigen auch ein Erfolgsrezept der alten Bundesrepublik gewesen. Denn Eigentum hat fundamental etwas mit Verantwortung zu tun. Wer Eigentum erwirbt, beispielsweise eine Wohnung, der übernimmt Verantwortung in der Nachbarschaft. Der interessiert sich für seine Nachbarschaft. Der engagiert sich dann irgendwann auch in der Gemeinde, in der Stadt, in seinem Umfeld. Das lehrt auch die Geschichte. Denn ein Volk von Eigentümern war und ist Volkseigentum immer überlegen gewesen, egal welchen historischen Vergleich man auch wählt.

Ich nenne ein letztes Thema: unser aller Recht auf Privatheit, das bedroht wird. Wir wissen dies seit den Enthüllungen über die Tätigkeit der NSA – staatliche Stellen, die enorme Mengen an Daten sammeln. Auf der anderen Seite gibt es kommerzielle

Datensammler. Wo die Interessen von staatlichen und kommerziellen Datensammlern verschmelzen, entsteht die Möglichkeit des totalitären Zugriffs auf jeden Einzelnen. In den USA zum Beispiel hat sich eine Telefongesellschaft ein Patent auf einen Algorithmus eintragen lassen. Der erkennt aus Ihren Postings bei Facebook, in welcher Phase, in welchem Aggregatzustand sich Ihre Beziehung befindet. Und daran ausgerichtet gibt es dann Werbung, entweder für das romantische Wochenende oder für die Paartherapie. Ich unterstelle da grundsätzlich niemandem, weder auf der staatlichen noch auf der privaten Seite, bösen Willen. Meine Befürchtung aber ist, dass wie an den internationalen Kapitalmärkten die Verflechtungen irgendwann so groß sind, dass gewissermaßen ein Autopilot agiert und die Verknüpfungen der Daten beim Staat und bei kommerziellen Datensammlern uns alle gläsern, durchsichtig machen könnten.

Schon warnt ja auch der Chef von Google, Eric Schmidt, vor genau dieser Situation. Herr Schmidt hat gesagt, wörtliches Zitat: „Wenn es Dinge gibt, von denen Sie nicht wollen, dass sie alle erfahren, tun Sie sie nicht.“ Verstehen Sie, was dahintersteckt? Das ist die Aufforderung zur Zensur des Verhaltens im persönlichsten Bereich. Das aber wäre die empfindlichste Form der Freiheitseinschränkung, die ich mir vorstellen kann. Davor muss der Rechtsstaat uns schützen. Er muss uns schützen dadurch, dass er sich selber zurücknimmt und sich an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hält. Unsere Daten sind unser Eigentum. Also wollen wir über unsere Daten auch verfügen können.

Wenn ein Unternehmen wie Google 96, 97 oder 98 Prozent Marktmacht bei den Suchmaschinen hat, dann müssen doch auch Kartellbehörden fragen, ob hier eigentlich der freie Wettbewerb noch gegeben ist. Oder ob nicht ein privater Spieler eine kulturelle Prägungskraft gewinnt, weil er nach Algorithmen, die wir nicht kennen, entscheidet, was wir sehen, was uns angeboten wird. Das alles sind Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Da ist mir unsere Politik aber zu defensiv. Dieser Tage hat der nordrhein-westfälische Justizminister, ein Sozialdemokrat, gesagt, er habe sich intensiv mit dem Thema Online-Banking beschäftigt. Seitdem fülle er seine Überweisungsträger wieder auf Papier aus. Er resigniert vor diesen Herausforderungen. Das ist aber doch eine der wesentlichen Gestaltungsaufgaben unserer Zeit: die Durchdringung unseres Alltags mit digitalen Medien rechtsstaatlich zu ordnen, damit wir die zivilisatorischen Fortschritte, die damit verbunden sind, nutzen und die Risiken minimieren.

Das ist im Übrigen auch eine Frage, die europäischen Charakter hat. Denn die Vereinigten Staaten streben die weltweit dominierende Rolle in diesem Feld an, sowohl was die militärischen und sicherheitspolitischen Anwendungen angeht, aber auch, was die zivile Nutzung betrifft. Und darauf muss Europa eine gemeinsame Antwort finden, so wie Europa auf die Dominanz von Boeing mit Airbus geantwortet hat, so wie wir auf SDI und die Fortschritte der Vereinigten Staaten bei der Produktion von Halbleitern mit dem Esprit-Programm reagiert haben und so wie wir auf GPS mit Galileo antworten. Genau so müssen wir jetzt auch auf NSA und Google mit einem Projekt der digitalen Selbstbehauptung Europas antworten. Ich wünsche mir eine europäische Kommission, die sich nicht länger beschäftigt mit Olivenölkännchen, Staubsaugern und Glühbirnen, sondern die sich den großen Fragen unseres gemeinsamen europäischen Lebensstils und unserer Wettbewerbsfähigkeit widmet, nämlich Energie, Datensicherheit, Innovation, Technologie. Das ist das Europa, das wir brauchen.

Ich komme zum Schluss: Sie haben es vielleicht gemerkt, ich habe einerseits über Themen gesprochen, andererseits aber auch über Werte, die mit diesen Themen verknüpft sind. Über bürgerliche Werte. Es ist ein bürgerlicher Wert, Respekt vor Ihrer Privatheit zu haben. Es ist ein zutiefst bürgerlicher Wert, Ihnen etwas zuzutrauen und Ihrer Eigenverantwortung zu vertrauen. Es ist ein bürgerlicher Wert, Ihr Eigentum und Ihre persönliche Leistung zu achten.

Diese bürgerlichen Werte sind in Deutschland im aktuellen Zeitgeist in der Defensive. Ich sehe im Deutschen Bundestag keine Anwälte mehr, die für diese bürgerlichen Werte stehen. Mir fällt es schwer zu sagen: Wo hört die CDU auf, wo fängt die SPD an? Ich höre, dass Sigmar Gabriel sagt, die SPD wolle demnächst sozial und

liberal sein. Ich warte jeden Tag darauf. Ich höre Stimmen aus der CDU, die sagen, man wolle sich jetzt um die heimatlos gewordenen Wähler der FDP bemühen. Ich möchte es gern an Taten sehen. Ich warte jeden Tag darauf, dass auch noch Gregor Gysi den Liberalismus für die Linkspartei entdeckt. Selbst die Grünen haben kürzlich gesagt, sie sind jetzt die Partei der Freiheit. Freiheit sei nun grün. Vielleicht erinnern Sie sich noch: In den 80er-Jahren gab es mal einen Werbeslogan, der hieß: „Aus Raider wird jetzt Twix, sonst ändert sich nix.“ Das passt genau auf diese Art, jetzt in die Nachfolge der FDP eintreten zu wollen.

Wirtschaftliche Stärke zu verbinden mit gesellschaftlicher Liberalität – das ist aber keine Marktlücke, sondern eine Haltung. Das ist ein besonderer Standpunkt im Parteiensystem. Ich sage deshalb mit der Bescheidenheit eines Wahlverlierers, aber mit dem Selbstbewusstsein eines Vertreters einer politischen Grundhaltung: Wenn Sie diesen inneren Kompass teilen, dann dürfen Sie nicht beweinen, dass es ihn gegenwärtig im Deutschen Bundestag nicht gibt. Dann sind Sie als stolze eigenverantwortliche Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, mitzuhelfen, dieser liberalen Idee in Deutschland eine Zukunft zu erarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

